

**Beschluss des Kooperationsausschusses des Landes Niedersachsen
und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales
zu TOP 3.4.3 der Sitzung am 21. Juni 2013**

Gegenstand:

Vereinbarung des Landes Niedersachsen und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) über die Schwerpunkte der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene nach § 18b Abs. 1 Satz 3 SGB II:

Beschlusstext:

Entwicklung der Kosten für Unterkunft und Heizung (LUH)

Der Kooperationsausschuss des Landes Niedersachsen und des BMAS beschließt die Fortführung des in der Sitzung am 24. April 2012 gefassten Beschlusses zur Beobachtung und Analyse der Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (LUH) im Verhältnis zu den Leistungen zum Lebensunterhalt (LLU). Der Kooperationsausschuss wird sich weiterhin regelmäßig zunächst für 2 Jahre gem. § 18b Abs. 1 Satz 6 SGB II über die Entwicklung der LUH im Verhältnis zur LLU im Land Niedersachsen unterrichten lassen.

Ausgangslage

Sowohl Bund als auch Kommunen leisten Zahlungen in erheblichem Umfang zur Finanzierung von Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Kommunen, Land und BMAS haben damit ein gleichgerichtetes Interesse, die Entwicklung der LUH zu einem Schwerpunkt der Umsetzung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene zu erklären.

Vor dem Hintergrund der oben dargestellten Ausgangslage wurde bereits in der Sitzung des Kooperationsausschusses am 24. April 2012 der Beschluss gefasst, die Entwicklung von LLU und LUH in Niedersachsen in den gemeinsamen Einrichtungen und bei den zugelassenen kommunalen Trägern besonders in den Blick zu nehmen.

Der Kooperationsausschuss wirkt mit der Fortführung der Schwerpunktsetzung darauf hin, dass alle Jobcenter unabhängig von ihrer Trägerschaft weiterhin an der Umsetzung dieses Schwerpunkts arbeiten.

Bisherige Entwicklung

Im Vergleich der Entwicklung der LUH im Verhältnis zu den LLU ist bei den Jahresfortschrittswerten eine deutliche Niveauangleichung zwischen Dezember 2011 und Dezember 2012 für Niedersachsen festzustellen.

NI	Dez. 2011	Juni 2012	Dez. 2012
eLb	- 5,6 %	- 5,2 %	-4,2 %
LLU	- 5,2 %	- 2,6 %	-1,6 %
LUH	- 0,9 %	- 1,9 %	-1,2 %
Diff.	-4,3	-0,7	-0,4

Alle Senkungsquoten (eLb, LLU und LUH) von Juni bis Dezember 2012 für Niedersachsen übertreffen die jeweilige Entwicklung im Bund und in Westdeutschland. Bei nahezu unveränderter Senkungsquote der eLb wurde die Spreizung zwischen der Senkungsquote der LLU und LUH von 4,3 %-Punkte im Dezember 2011 auf 0,4 %-Punkte im Dezember 2012 verringert.

Die kommunalen Haushalte profitieren damit jetzt verhältnismäßig in stärkerem Umfang – trotz der nachlassenden Dynamik - vom Abbau der eLb und der Bedarfsgemeinschaften als noch im Dezember 2011. Die Ursachen hierfür sind nicht eindeutig zu identifizieren. In Anbetracht des Zeitfensters dürfte diese Entwicklung aber nicht ausschließlich auf eine Wirkung der Schwerpunktsetzung zurückzuführen sein.

Zu den konkreten Aktivitäten auf Landesebene wurde bereits im letzten Kooperationsausschuss berichtet.

Aus der Beobachtung der Entwicklung der eLb, der BG sowie LLU und LUH und aus den Berichten in den Zieldialogen des Landes mit den Optionskommunen im Mai/Juni 2013 ist festzuhalten, dass die bisherigen Erfolge voraussichtlich nur unter großen Anstrengungen und entsprechender Schwerpunktsetzungen in den Jobcentern fortgeführt werden können.

Aufgrund dieser Erkenntnisse ist eine weitere Beobachtung und Analyse der Entwicklung und die Fortführung der bisherigen Schwerpunktsetzung geboten.

Kooperationsausschuss Land Niedersachsen - BMAS

Vereinbarung

Der Kooperationsausschuss wird sich weiterhin regelmäßig zunächst für zwei Jahre über die Entwicklung sowie die Handlungsansätze und ihre Umsetzung in den Jobcentern unterrichten lassen. Die künftigen Berichte sollten soweit möglich stärker auf die Suche der Ursachenimpulse ausgerichtet werden. Das BMAS berichtet hierbei über die gemeinsamen Einrichtungen und die oberste Landesbehörde über die zugelassenen kommunalen Träger im Land Niedersachsen.

Berichtet werden soll hierzu insbesondere wie folgt:

- 14 Tage vor der Sitzung des Kooperationsausschusses im 2. Halbjahr zur Umsetzung und Entwicklung im 1. Halbjahr 2013 [Jahresfortschrittswerte für Juni 2013 auf der Grundlage der Daten mit einer Wartezeit von drei Monaten]
- 14 Tage vor der Sitzung des Kooperationsausschusses im 1. Halbjahr 2014 zur Gesamtentwicklung im Jahr 2013 [Jahresfortschrittswerte für Dezember 2013 auf der Grundlage der Daten mit einer Wartezeit von drei Monaten – sofern bis dahin für das gesamte Jahr 2013 vorliegend]

Das BMAS und die oberste Landesbehörde setzen in ihrer jeweiligen Zuständigkeit die JC in geeigneter Weise über die Fortführung des Beschlusses des Kooperationsausschusses vom 24.04.2012 in Kenntnis.

Berlin, den 21.06.2013

Berlin, den 21.06.2013



Dr. Langer
Vertreterin BMAS



Nothnick
Vertreter Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr